

NZZ

Wirtschaftskrise in Moskau

«Grösste Bedrohung für Russland ist Russland selbst»

Die Zeiten in Moskau werden härter, der Abschwung erreicht die Portemonnaies. Was Russen sagen, wenn Kunden fehlen, Preise steigen, das Geld knapp wird und schnelle Besserung nicht in Sicht ist.

von Benjamin Triebe, Moskau – Mitarbeit: Roman Junemann
11.9.2015



Warten, was die Zukunft bringt: Zum ersten Mal unter Putin ist der Lebensstandard ernsthaft gefährdet. (Bild: Denis Sinyakov / Reuters)

Zum Bahnhof geht, wer Autofahren will. Zumindest in Odinzowo, denn am Bahnhof der Stadt nahe Moskau sammelt der Fahrlehrer Oleg seine Schüler ein. Der Ausbau der Eisenbahnstrecke von der Hauptstadt in Richtung Warschau brachte Odinzowo einst den Aufschwung, das alte Bahnhofsgebäude aus dem Jahr 1900 zeugt davon. Ein Jahrhundert später galten Züge in Russland als rückständig, Automobile waren begehrt. So wie sich Russlands Strassen füllten, füllte sich auch Olegs Kundenkartei. Im Jahr 2015 hat sich die Lage wieder gewandelt, diesmal zum Schlechteren: «Überall steigen die Preise, Leute verlieren ihre Jobs, und es kommen immer weniger Fahrschüler», klagt der 52-Jährige. «Das Problem haben alle in der Branche. Das ist in Moskau so, rund um Moskau, in ganz Russland.»

Autokrise als Symptom

Wenn man die Begeisterung der Russen für neue Autos kennt, weiss man, wie hart die Zeiten geworden sind. Noch unlängst galt es als sicher, dass Russland demnächst Deutschland als grössten Automobilmarkt Europas ablösen wird. Doch 2014 wurden 10% weniger Neuwagen verkauft als im Vorjahr; von Januar bis August 2015 waren es schon 34% weniger als in der Vorjahresperiode. Die Rezession und eine hohe Inflation drücken auf die Kauflaune; die Menschen halten ihr Geld zusammen. Russland steckt in einer Wirtschaftskrise und obendrein im schärfsten politischen Konflikt mit dem Westen seit dem Ende der Sowjetunion. Für beides ist kein schnelles

Ende in Sicht. Was Präsident Wladimir Putin wirklich darüber denkt, ist unbekannt. Was normale Russen denken – das kann man sie fragen.

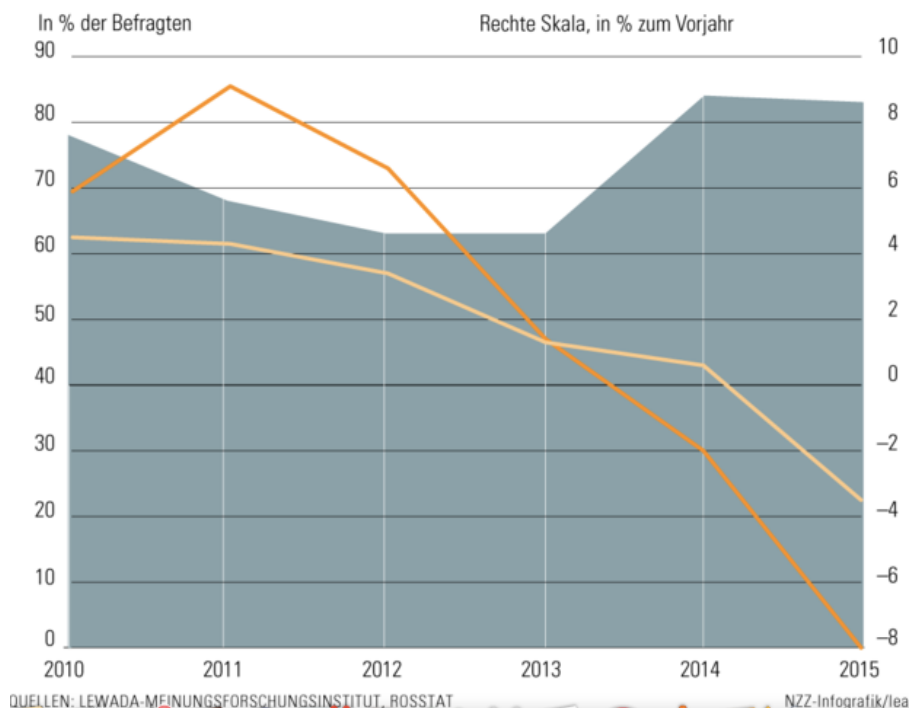
Oleg sagt, für Geschäftsleute, besonders für kleine Unternehmer, sei die Lage seit Beginn des Jahres 2014 schlimmer geworden. Auch für die übrigen Menschen werde das Leben schwerer. Was ist also momentan die grösste Bedrohung für Russland? «Bedrohung? Sagen wir so, die Nato übt grossen Druck aus. Und dann sind da die Ukraine und die anderen, Amerika, die EU. Wir müssen das einfach aushalten. Putin macht das schon richtig. Natürlich schaut er dabei nicht auf die Menschen, aber für das Land, da macht er es richtig.» Der Präsident versuche, die Lage auf der Welt zu stabilisieren.

Mit Russlands völkerrechtswidriger Annexion der Halbinsel Krim und dem militärischen Konflikt im Südosten der Ukraine ist die Zustimmung zu Putin in Russland stark gestiegen. Nachdem sie bis März 2014 noch bei rund 65% gelegen hatte, schnellte sie nach Ausbruch der Ukraine-Krise auf über 80% (vgl. Grafik). Zwar ist der Wahrheitsgehalt der Erhebung des renommierten Lewada-Meinungsforschungsinstituts nicht unumstritten. Es herrscht aber kein Zweifel, dass das russische Volk stärker hinter seinem Präsidenten steht als vor dem Zerwürfnis mit der EU und den USA. Mehr als die Hälfte der Befragten war zudem im August der Meinung, dass sich die Dinge in Russland grundsätzlich in die richtige Richtung entwickeln. Wie viel die auf allen Kanälen sendende Propaganda zu diesem Stimmungsbild beiträgt, lässt sich nicht quantifizieren.

Realität und Stimmung klaffen auseinander

Die Meinung der Russen über Putin
 ■ «Grundsätzlich befürworte ich die Arbeit von Präsident Putin»
 Repräsentative Umfrage des Lewada-Meinungsforschungsinstituts, August 2015

Wirtschaftskrise in Russland
 ■ Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen
 ■ Reales Wachstum des Bruttoinlandprodukt
 Die Zahlen zu 2015 sind Schätzungen.



«Die grösste Bedrohung für Russland ist Russland selbst.» Das denkt Aleksandr, ein Student, der am Bahnhof von Odinzowo auf den Zug wartet. Man könne sagen, dass die Präsidialverwaltung das ganze Land regiere, so stark treibe Putin die Zentralisierung voran. Und es sei gut, dass sich manche Probleme mit ihm lösen liessen, führt Aleksandr aus – zum Beispiel habe sich der Präsident im Februar persönlich darum gekümmert, dass die wegen Finanzproblemen gestoppten Nahverkehrszüge in manchen Städten wieder fahren. «Aber es ist schlecht, dass man sich dafür an Putin wenden muss, dass die lokalen Behörden es nicht selbst schaffen. Putins Vertikale der Macht basiert auf persönlichen Beziehungen. Ohne gewisse Leute funktioniert das System nicht.»

Aleksandr sieht sich als privilegiert im Vergleich mit den Kommilitonen. Schliesslich kann er ohne Unterstützung seiner Eltern eine Auslandsreise finanzieren. Dafür müsse er allerdings für ein halbes Jahr seinen Lebensstandard reduzieren. Der 20-Jährige arbeitet nebenbei in einer IT-Firma, aber von dem Gehalt kann er sich immer weniger kaufen: «Im Sommer 2014 konnte ich mir Dinge leisten, die Ende des Jahres nicht mehr drin waren», sagt er. Fragt man die Russen nach ihren Sorgen, steht tatsächlich an erster Stelle das Preiswachstum. 78 von 100 Befragten nannten es in der jüngsten Lewada-Umfrage als grösstes Problem. Erst mit deutlichem Abstand folgen andere Punkte: Verarmung der Gesellschaft (42), wachsende Arbeitslosigkeit (36), die Wirtschaftskrise (32).

Im Griff der Rezession

Das russische Bruttoinlandprodukt ist im ersten Halbjahr um real 3,5% zum Vorjahreszeitraum geschrumpft – aber das ist es nicht, was die Menschen primär im Alltag spüren. Auch Arbeitslosigkeit ist kein Massenphänomen, selbst wenn die offiziell ausgewiesene Quote von 5,3% mit Vorsicht zu geniessen ist. Entlassungen brauchen ihre Zeit, und der Anteil der Schattenwirtschaft ist erheblich. Doch was schnell steigt, sind die Preise. Die Teuerung betrug im Juli 15,6% zum Vorjahresmonat, vor allem für Lebensmittel musste mehr bezahlt werden (durchschnittlich 18,6%). Entsprechend sind Reallöhne wie auch die Detailhandelsumsätze um 9,2% eingebrochen. Verantwortlich für den Preisanstieg trotz Wirtschaftsflaute sind der tief gefallene Rubel, der Importwaren verteuerte, sowie der russische Einfuhrstopp für viele Lebensmittel aus dem Westen, was das Angebot verknappte.

Der Importstopp ist eine Antwort des Kremls auf die von der EU, den USA und anderen Ländern verhängten Wirtschaftssanktionen wegen Russlands Aggression in der Ukraine-Krise. Sie schneiden unter anderem Banken und Firmen von westlichem Kapital ab. Doch das Problem geht tiefer: «Die Sanktionen sind nicht das Schlimmste», glaubt Aleksandr. Sondern: «Russland hat gezeigt, dass es keinen Grund gibt, hier zu investieren.» Unternehmen wanderten ab, Kapital werde abgezogen, der Wettbewerb schwinde. «Der Staat unternimmt nichts, um das Investitionsklima zu verbessern», stellt er fest.

Tiefsitzende Probleme

Tatsächlich hat der Rückgang der Wirtschaftsleistung schon 2011 eingesetzt, als der Erdölpreis noch auf hohem Niveau verharrte und der Rohstoffindustrie keine neuen Impulse mehr verlieh. Zwar war über die Jahre der mit Rohstoffeinnahmen und Umverteilung angeheizte Konsum zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor geworden. Doch die Investitionen blieben zu gering, um die Industrie zu erweitern, zu modernisieren und international konkurrenzfähig zu machen. Zwei Drittel der russischen Exporte sind Erdöl und Erdgas, zur Jahrhundertwende war es rund die Hälfte. Mit dem Einbruch des Erdölpreises ist zuerst der Rubel abgerutscht, jetzt folgt die Wirtschaft.

Solange der Konsumboom anhielt, liessen sich die vielen Probleme leichter verschmerzen: die schlechte Infrastruktur, die aufgeblähte Bürokratie und eine verbreitete Korruption, der Mangel an Fachkräften und Zulieferern, eine unterentwickelte Landschaft an innovativen kleinen und mittleren Unternehmen, teure Firmenkredite und Mangel an Kapital. Hinzugekommen ist neu der stark gewachsene Protektionismus. Jetzt, in der Krise, tragen diese Belastungen zu einem düsteren Ausblick bei. Der Internationale Währungsfonds schätzt Russlands Potenzialwachstum auf mittelfristig nur noch 1,5% pro Jahr – viel zu wenig für ein grosses Schwellenland, das einen Entwicklungsrückstand wettmachen möchte.

Die Anlageinvestitionen lagen im Juli um 8,5% unter Vorjahresniveau. Die IT-Firma, in der Aleksandr arbeitet, hat zehn Mitarbeiter. Sie wartet Computer und Netzwerke; manche Dienste müssen Unternehmenskunden regelmässig in Anspruch nehmen. Dieses Geschäft ist sicher. Auf der anderen Seite könnten die Kunden ihre Systeme aufrüsten, neue Applikationen installieren, mit der globalen Entwicklung auf Augenhöhe bleiben. Doch das geschehe nicht. Ausserdem halte der Staat an den wichtigsten Kunden eine Beteiligung und habe die Budgets eingefroren. «So kommen wir nicht voran», resümiert Aleksandr.

Dass es zu wenig vorangeht, denkt auch Galina, die an einer Metrostation in Moskaus Norden wartet. Über Putin hat Galina keine schlechte Meinung, immerhin habe der den Nationalstolz der Russen wieder gesteigert. Putin sage gute Dinge, aber die würden nicht Realität, was Galina den übrigen Politikern und der Korruption zuschreibt: «Eigentlich sollten sich in so einer Lage alle zurücknehmen, aber die Abgeordneten protzen im Parlament mit ihren Juwelen!» Besonders nah geht ihr der Umbau des Gesundheitssektors, der effizienter

werden soll. Zur Sowjetzeit war die medizinische Versorgung kostenlos, jetzt muss immer öfter Geld bezahlt werden. Kliniken wurden geschlossen. Auch die Qualität leide, sagt Galina. Ein Augenarzt müsse einen Patienten in 8 Minuten behandeln, ein Zahnarzt in 20 Minuten; ein Gynäkologe habe für eine Patientin 12 Minuten Zeit.

Pensioniert nur auf dem Papier

Galina weiss es, denn sie war Zahnärztin in einer Poliklinik. Mit ihren 55 Jahren hat sie jetzt das offizielle Pensionierungsalter für Frauen erreicht. Sie wird aber auch künftig arbeiten müssen – so wie viele ältere Russen: «Von der Pension kann ich nur die Wohnung bezahlen und mir Lebensmittel kaufen», sagt sie. 13 000 Rbl. (190 Fr.) erhält sie im Monat, davon bezahlt sie 5000 Rbl. für Wasser, Strom usw. Bleiben grob 2000 Rbl. pro Woche. Ein Liter Milch kostet bis zu 150 Rbl., ein Kilogramm Rindfleisch 500 Rbl. Den Importstopp für Lebensmittel aus dem Westen sieht sie kritisch. In den Geschäften gebe es jetzt zwar viele russische Produkte, aber die Qualität lasse zu wünschen übrig.

Unzufrieden ist auch Dmitri. «Unsere Politik stösst die Wirtschaft ins Desaster, deshalb ist die Wirtschaftskrise die grösste Bedrohung», sagt der 20-Jährige, der ein paar Metrostationen weiter auf dem Perron steht. «Ich sehe keine Wachstumsperspektiven für Firmen.» Dmitri arbeitet in der Tourismusbranche und spürt direkt den Rubel-Zerfall. Zwar kämen mehr russische Touristen in die Hauptstadt, weil sie nicht mehr ins teure Ausland fahren könnten. Aber es gebe zu viele Hotelzimmer, die Preise seien eingebrochen. Ein 5-Sterne-Haus verlange so viel pro Nacht wie früher ein Mittelklassehotel. Alles sei sehr kompliziert geworden.

Während Dmitri die Wirtschaftspolitik ablehnt, kann er Putins Aussenpolitik einiges abgewinnen: «Er stärkt damit die Einheit der Russischen Föderation.» Die Ukraine habe ihren Südosten ein für allemal verloren. Es wäre zudem Selbstmord, jetzt die Krim aufzugeben, weil das Russland als Schwäche ausgelegt würde und die Stabilität im Inneren gefährde. Der Student Aleksandr allerdings formuliert es so: «Das Hauptproblem ist nicht die Krim. Selbst wenn wir die Krim zurückgeben, werden noch keine Investitionen fliessen.» Russland müsse zeigen, dass es etwas Gutes im eigenen Land erreichen könne. Dass es Freiheit gebe. Dann komme auch das Geld.